

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.11.2016 und übergab das Wort an Abg. Piel.

Abg. Piel erläuterte, dass durch den Antrag beabsichtigt sei, den Bürgern des RSK entgegen zu kommen und den Montag zu entlasten, der sich durch lange Wartezeiten auszeichnen würde. Die meisten Menschen im RSK seien berufstätig und im Regelfall habe man dann vormittags keine Zeit, seine Angelegenheiten beim Straßenverkehrsamt zu erledigen. Da nur der Montag-nachmittag zur Verfügung steht, reißen sich alle um einen späten Termin, um nicht einen Urlaubstag dafür aufwenden zu müssen. Sie wünscht sich da mehr Flexibilität und Modernität von der Kreisverwaltung, da sie diese auch als Servicedienstleister verstehe und man so dem Bürger entgegenkommen würde. Sie bitte um Unterstützung des Antrages.

Ltd. KVD Carl führte aus, dass er ein Problem mit dem Antrag habe, da von einer Verlagerung der Öffnungszeiten die Rede sei, jedoch tatsächlich eine Erweiterung der Öffnungszeiten beantragt wird. Diese würde kostenmäßig sehr teuer werden, da man hierfür mehr Personal bräuchte. Des Weiteren sei er der Auffassung, dass dies nicht nötig sei. Derzeit würden nur Staus in der Bearbeitung auftreten, wenn technische Probleme vorliegen. Grundsätzlich würden relativ kurze Wartezeiten vorliegen. Er halte einen Verweis auf die Möglichkeit der Terminvereinbarung und diesen Ausbau für sinnvoller. Eine Erweiterung der Öffnungszeiten sehe er personell und finanziell für sehr schwer darstellbar.

Abg. Piel reagierte direkt darauf, dass mit dem Begriff Verlagerung auch tatsächlich eine Verlagerung gemeint war und nicht eine Erweiterung des Personals erreicht werden solle. Der Personaleinsatz solle an einem Vormittag reduziert werden, um ihn dann an einem weiteren Nachmittag zu erhöhen. Wie diese Verlagerung umgesetzt werden könne, müsse die Verwaltung dann entsprechend prüfen. Auch wenn die Wartezeiten im Vergleich mit anderen Kreisen, Städten oder Gemeinden gut seien, bedeutet dies ja nicht, dass es besonders bürgerfreundlich sei und da könne man aus ihrer Sicht noch etwas verbessern.

Ltd. KVD Carl ergänzte, dass dies nur aufgegriffen werden könne, wenn es Zeiten gäbe wo es wenig Publikumsverkehr gäbe. Die Bürger würden davon profitieren, dass das Straßenverkehrsamt morgens um 7 Uhr öffnen würde und das Publikum würde sich auf den ganzen Vormittag verteilen. Er sehe das daher ohne eine Personalerweiterung schwer darstellbar. Die Kosten hierfür habe man noch nicht berechnet. Ein weiteres Problem sei die hohe Zahl an teilzeitbeschäftigten Mitarbeitern/innen, die vorzugsweise vormittags arbeiten möchten.

Ltd. KVD Jaeger habe Schwierigkeiten die Bedarfslage für diesen Antrag zu erkennen, da viele Berufstätige die frühen Sprechzeiten ab 7 Uhr nutzen. Es könne lediglich zu Schwierigkeiten und Engpässen bei den Wartezeiten kommen, wenn ein technisches Problem vorliegen würde z.B. durch die Unterbrechung der Leitung zum Kraftfahrtbundesamt. Ohne weitere Personalkosten könnte dies nur eine Verteuierung zur Folge haben. Er sei jedoch aufgeschlossen und möchte gerne den Service weiter verbessern. Ein Beitrag hierzu sei, dass man den Service der Online-Termin-Reservierung weiter verbessern möchte durch den Einsatz einer neuen Software. Dies wird bedarfsgerecht eine weitere zeitliche Entzerrung und Verbesserung zur Folge haben. Weiteren Bedarf sehe er im Moment nicht.

SKB'in Neuhoff führte ebenfalls aus, dass sie den akuten Bedarf für die Ausweitung der Servicezeiten nicht sehe. Im Online-Portal waren die Termine für den kommenden Montag am Nachmittag noch frei, buchbar und belegbar. Es sei für sie nicht feststellbar, dass dieser Nachmittag einen besonderen Engpass darstellen würde. Dieses Instrument der Online-Termin-

Reservierung solle lieber stärker ausgebaut und bekannt gegeben werden.

Abg. Becker erläuterte, dass er Anträge, wo verschwiegen wird was an Kosten verursacht wird, nicht mag. Bei ehrlichgemeinten Anträgen sollte aufgeführt sein, dass man höhere Kosten z.B. im Personalbereich in Kauf nimmt. Anträge nach dem Motto „Wünsch Dir was“ würden nicht weiter helfen und lediglich Eindruck in der Öffentlichkeit schinden. Aufgrund dessen was geschildert wurde, sei es auch offensichtlich nicht erforderlich, es koste Geld und würde den Genderbemühungen um Freizeitwünsche insbesondere von weiblichen Beschäftigten nicht gerecht werden. So lange man tatsächlich an dem vorhandenen langen Montag noch Termine finden würde, sei kein Erfordernis gegeben, eine Änderung vorzunehmen.

Abg. Hoffmeister äußerte, dass die Schließung eines Vormittages eher zu Unmut vor den verschlossenen Türen führen würde. Des Weiteren wollen die Mitarbeiter zum Teil gar nicht am Nachmittag arbeiten. Hier würde außerdem kein Servicegedanke vorliegen, da man auf dem Weg sei, solche Anliegen online zu erledigen und bald gar keine persönlichen Vorsprachen mehr nötig sein werden. Hinter diesem Antrag würde viel Unwissenheit der eigentlichen Abläufe stehen.

Abg. Krupp sieht in dem angekündigten Ausbau der Online-Termin-Reservierung einen Lichtblick. Da müsse es hingehen und dann sei der Service der Kreisverwaltung in Ordnung.

Abg. Piel zog den Antrag auf Nachfrage vom Vorsitzenden zurück, da die guten Argumente überzeugt hätten.